



Positionspapier der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin

KEIN ZURÜCK INS „ALTE NORMAL“: CORONA ALS CHANCE FÜR DIE SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION DER BERLINER WIRTSCHAFT

“Die Erfahrungen aus verschiedenen Sektoren und mit verschiedenen Instrumenten zeigen, dass grüne Komponenten sehr gut drei Grundanforderungen an Konjunkturprogramme erfüllen können. Sie sind erstens zielgerichtet; damit steigt die wirtschaftliche Wirkung beim Einsatz öffentlicher Mittel. Sie können zweitens zeitnah umgesetzt werden, da auf Vorarbeiten der letzten Jahre aufgebaut werden kann und die öffentliche Förderung ist drittens vorübergehend, da sie darauf abzielt eine Transformation anzustoßen.”

(DIW aktuell Nr. 39 “Green New Deal nach Corona: Was wir aus der Finanzkrise lernen können”, Berlin 2020)

Die Ausgangslage

Die Pandemie zeigt uns die Grenzen unseres Wirtschaftssystems auf. Immer mehr und immer billiger funktioniert nicht, wenn globale Lieferketten zusammenbrechen, Menschen ihre Wohnung nicht verlassen können, das öffentliche Leben stillsteht. Billigkleidung aus Fernost kommt nicht mehr an, wenn Grenzen geschlossen werden. Und das Lieblingsrestaurant wird ohne staatliche Hilfe schon nach kurzer Zeit aufgeben müssen, weil es nur begrenzt Rücklagen bilden konnte in diesem Land mit den geringsten Ausgaben für Lebensmittel europaweit.

So viele Probleme der Lockdown in fast allen Bereichen der Wirtschaft und bei den Menschen auch hervorge-rufen hat, so hat er uns gezeigt, wie flexibel und schnell die Gesellschaft auf die harten Einschränkungen reagiert hat. Viele stiegen um auf das Fahrrad, weil sie sich im ÖPNV nicht sicher fühlten. Lokale Produzenten haben binnen weniger Wochen globale Lieferketten ersetzt und gemeinsam mit Handel und Dienstleistung neue Online-Services ins Leben gerufen. Unsere tägliche Arbeit verlagerte sich in kürzester Zeit ins Netz. Corona hat kurzfristig mehr für den Klimaschutz und die regionale Wertschöpfung getan, als so manche Bundesregierung.

Und so lässt sich in vielen Branchen eines feststellen: Wer schon in der Vergangenheit auf Qualität und Lang-lebigkeit gesetzt hat, lokale Produktion bevorzugt, sich die Digitalisierung zunutze gemacht und klimafreund-liche Mobilität gefördert hat, ist auch während der Krise weniger stark betroffen oder konnte schneller auf die neuen Herausforderungen reagieren. Klimaschutz macht krisenfest, nur eine von vielen Erkenntnissen der vergangenen Monate.

Klar ist: wir müssen die durch die Pandemie betroffenen Unternehmen unterstützen und stabilisieren. Aber es braucht mehr als das: wir wollen die Krise auch als Chance begreifen und in einem Pakt für die Zukunft mit der Wirtschaft die notwendige Transformation gestalten. Die Proteste der Kinder und Jugendlichen, der Wissenschaftler*innen in den vergangenen Jahren geben uns Rückendeckung. Die Gestaltenden von morgen wollen neue Antworten auf die Frage "Wie wollen wir in Zukunft leben und wirtschaften?". Abwrackprämien für umweltverschmutzende Autos gehören sicher nicht dazu, genauso wenig wie ungerechte Prämien für kleine Teile der systemrelevanten Berufe. Hingegen heißt es jetzt die zentralen Herausforderungen unserer Zeit proaktiv anzugehen: konsequenter Klimaschutz, Digitalisierung, regionale Wertschöpfung.

Die aktuelle Situation verlangt nach einem wirkungsvollen Konjunkturprogramm, um der Wirtschaft über die Krise zu helfen. Aber sie gibt uns zugleich die Chance, Konjunktur- und Klimapolitik klug zu kombinieren!

Die Forderung nach einem Klima-Konjunkturprogramm kommt dabei nicht nur aus klassisch Grünen Think Tanks, sondern wird auch von einer breiten Gruppe von Industrieunternehmen formuliert. Darüber hinaus wird sie von Ökonom*innen unterstützt, die argumentieren, dass ein solches Konjunkturpaket wirtschaftliche Erholung UND eine ökologische und digitale Transformation der Wirtschaft verbinden kann. Mit uns wird es keine Aufweichung der langfristigen Klimaziele geben. Im Gegenteil, wir werden uns für deren Stärkung und Verschärfung einsetzen. Jetzt, wo der Staat viel Geld bereitstellt, muss dieses auch gezielt genutzt werden, um Nachhaltigkeit ins Zentrum unseres Handelns zu stellen.

Die Wirtschaftsregion Berlin-Brandenburg ist bisher vergleichsweise mild durch die Krise gekommen, nur ein Bundesland kann bessere Konjunkturdaten während der Pandemie vorweisen. Allerdings müssen wir uns klar werden darüber, dass manche Branchen nicht nur vorübergehend eingebrochen sind, sondern sich ein echter Strukturwandel vollzieht. Expert*innen weltweit sind sich einig: das Kongressgeschäft beispielsweise wird es auch nach Corona nicht mehr so geben, wie wir es kennen. Auch wir als Land Berlin müssen uns fragen, wie wir ein Landesunternehmen wie die Messe Berlin künftig aufstellen. Dessen Existenz war bisher in erster Linie durch eine hohe Stadttrendite begründet – die vor allem vom internationalen Kongress-/Messebesucher erzeugt wurde und nicht vom lokalen Grüne-Woche-Besucher. Nur ein Beispiel, wie eine ganze Branche sich neu erfinden muss. Ob mit hybriden Formaten oder stärkerer Dezentralisierung: für innovative Unternehmer*innen eröffnen sich auch hier neue Zukunftschancen aus der Krise.

Aber von solchen mittel- und langfristigen Umstrukturierungen werden sehr viele Arbeitnehmer*innen und Selbstständige betroffen sein. Schon heute müssen wir überlegen, wie wir den Menschen bei der Neuorientierung helfen können. Wenn wie vom Handelsverband Deutschland befürchtet 1/3 aller Unternehmen im Einzelhandel (Lebensmittel ausgenommen) in Existenzgefahr ist, dann stecken dahinter tausende Arbeitsplätze. An anderer Stelle wird Personal dringend benötigt: in der Pflege, in den Verwaltungen und der Bildung. Umschulung und Weiterbildung muss schnell Priorität erhalten. Bei der Insolvenz von Galeria Karstadt Kaufhof hat der Senat beispielsweise schnell mittels einer Transfergesellschaft gehandelt, um die Beschäftigten aufzufangen. An anderer Stelle wurde der Bezirk aktiv, und hat von der Schließung betroffene Beschäftigte für die Verwaltungsarbeit umgeschult. Selbständigen und kleinen Unternehmen unterstützt Berlin mit der Digitalprämie, sich neu zu positionieren. Diese Maßnahmen wollen wir weiter ausbauen.

Unsere finanz- und wirtschaftspolitischen Leitlinien

Programme aus dem Landeshaushalt, die der Erreichung der Berliner Klimaziele dienen, werden nicht gekürzt. Im Gegenteil wollen wir diese Programme, so es die Nachfrage hergibt, ausbauen, wie es zum Beispiel beim Programm für wirtschaftsnahe Elektromobilität der Fall ist. Es gilt auch, bestehende Programme auf ihre Zielgenauigkeit zu überprüfen. Das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm enthält sehr viele wichtige

Maßnahmen, die Mittel fließen aber aus vielfältigen Gründen schlecht ab. Angesichts der Klimakrise können und wollen wir es uns nicht leisten, Gelder für die Energiewende und den Klimaschutz liegen zu lassen.

Auch die Förderpolitik muss unter die Lupe genommen werden. Unternehmen, die langfristig nachhaltig arbeiten, die einen Mehrwert für die Gesellschaft schaffen, ohne dabei die natürlichen Ressourcen des Planeten auszubeuten, sollen bevorzugt Fördermittel erhalten. Für besonders betroffene Branchen, wie Gastronomie, Tourismus, Einzelhandel und Kreativwirtschaft wollen wir im Anschluss an die Soforthilfen passgenaue Konjunkturlösungen entwickeln, um sich zukunftsfähig aufzustellen. Im Fokus bleibt die in Berlin bereits sehr gut aufgestellte Gesundheitswirtschaft ebenso wie die Startup-Szene, denn hier eröffnen sich besonders viele Perspektiven, gerade mit Blick auf regionale Wertschöpfung und ökologische Nachhaltigkeit.

Die Krise zeigt uns auch, dass mehr für die Digitalisierung von Verwaltung, Infrastruktur und Wirtschaft unternommen werden muss. Nicht nur Schulen, die die Fachkräfte von morgen ausbilden, auch die Betriebe selber haben ihren Arbeitsalltag umstellen müssen. Wir sehen, welche Chancen die Digitalisierung eröffnet. Für neue Geschäftsmodelle ebenso wie für den Klimaschutz. Home-Office und digitale Konferenzen werden fester Bestandteil der Arbeitswelt der Zukunft – mit entsprechenden Auswirkungen auf die Umwelt durch u.a. weniger Verkehre und Auswirkungen auf den Immobilienmarkt mit einem verminderten Bedarf an Büroflächen. Mit aller Anstrengung wollen wir daher auch die Verwaltung endlich ins digitale Zeitalter überführen. Schnelle und einheitliche Verfahren, so wie bereits beim Einheitlichen Ansprechpartner möglich, müssen Standard werden. Damit Berlin auch international attraktiv bleibt und Menschen gern hierher kommen, muss die Anmeldung beim Bürgeramt, die Ausstattung der Schulen, aber auch die Verfügbarkeit von schnellem Internet selbstverständlich werden.

Wir sehen auch die Chance, die regionale Wertschöpfung zu steigern. Wenn die digitale Infrastruktur und klare Erwartungen in Sachen Klimaschutz Unternehmen Verlässlichkeit politischer Entscheidungen signalisieren, erhöhen wir die Attraktivität der Stadt für die Betriebe, die hier vor Ort zu fairen und ökologischen Bedingungen produzieren. Neben dem hohen Wachstum des Onlinehandels hat sich auch die Nachfrage der Verbraucher*innen nach regionalen Produkten mit der Corona-Krise verstärkt. Dieses Momentum der Solidarität müssen wir jetzt nutzen!

Prämisse bei all unseren vorgeschlagenen Maßnahmen ist das Ziel, einen Aufschwung der Berliner Wirtschaft zu erreichen und dennoch die Ziele des Pariser Klima-Abkommens zu erreichen. Beim Klimaschutz gibt es mit uns Grünen keine Kompromisse. Wir erkennen die Chance der Krise, um die sozial-ökologische Transformation endlich konsequent zu forcieren. Die Fokussierung von Konjunkturprogrammen auf die oben genannten Maxime – Klimaschutz und Digitalisierung – halten wir für den richtigen Schritt zur dauerhaften Stabilisierung unserer Wirtschaft. Konjunkturprogramme nach Gießkannenmentalität, die die Neuverschuldung nicht begrenzen und nachfolgende Generationen unverhältnismäßig belasten, lehnen wir ab.

Investitionsoffensive für einen nachhaltigen Aufschwung

In einer Umfrage von UnternehmensGrün gaben 84 Prozent der befragten Unternehmen an, dass sie auf Grund ihres nachhaltigen Geschäftsmodells zuversichtlich sind, die Herausforderungen der Krise zu meistern. 68 Deutsche Großunternehmen von Bayer über Schneider Electric, Allianz und Henkel haben sich in der Stiftung 2° zusammengeschlossen und fordern, mit einem Klima- und Konjunkturprogramm die Wirtschaft krisenfester zu machen. Die Umfrage der DIHK hingegen malt ein düsteres Bild in ihren Corona-Blitzumfragen: Hier schauen nur knapp ein Drittel der befragten Unternehmen positiv ins nächste Jahr. Damit die Berliner Wirtschaft langfristig Arbeitsplätze sichert und auch kommende Krisen überstehen kann, sind wir gefragt, die Weichen zur Transformation zu stellen.

Dem von der Bundesregierung am 3. Juni 2020 vorgelegten Konjunkturpaket fehlt zwar eine klare politische Weichenstellung, dennoch müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, die vorgeschlagenen Maßnahmen bestmöglich für Berlin und unsere Ziele zu nutzen. Daher heißt es nun, die Anstrengungen auf Landesebene anzupassen und auf ihre Wirkung für mehr Nachhaltigkeit und Digitalisierung zu überprüfen. Hierzu wollen wir, wie vom Umweltbundesamt vorgeschlagen, die „Prüfung aller Maßnahmen auf Konsistenz mit EU Klimataxonomie und den Zielen des European Green Deal“ sowie den Berliner Klimazielen.

Wir werden alle für Berlin im Rahmen des „Green Deals“ zur Verfügung stehenden Mittel in die Überlegungen einbeziehen und bereits jetzt Projekte dafür konzipieren, um diese spätestens im Jahr 2022 zu starten.

In den letzten Monaten haben wir schon vieles auf den Weg gebracht:

In der akuten Not der ersten Monate der Pandemie haben wir mit verschiedenen Soforthilfeprogrammen die Existenz von 270.000 Berliner Unternehmer*innen und Selbständiger gesichert. Und wir blicken auch nach vorne: mit der Digitalprämie für kleine und mittlere Unternehmen fördern wir die notwendige Digitalisierung der Mittelschicht mit einem Zuschussprogramm. Mit zinslosen Darlehen verschaffen wir Berliner Modelabels die nötige Liquidität, um trotz Corona ihre Kollektionen herstellen zu können. Und unsere Zuschussprogramme für Gründächer und Solarstromspeicher zahlen ohne Umwege direkt auf den Klimaschutz ein und schaffen ganz nebenbei lukrative Aufträge für das Berliner Handwerk.

Wir wollen, dass Berlin auch in Zukunft Konjunkturrhilfen passgenau einsetzt und gleichzeitig eine möglichst breite Wirkung erzielen für Klimaschutz, Digitalisierung und eine stabile Berliner Wirtschaft.

Jetzt gezielt investieren: 500 Mio. Euro für Klimaschutz, Digitalisierung und eine nachhaltig stabile Berliner Wirtschaft

Berlin Invest: Beteiligungskapital und Kreditprogramm zur Finanzierung von Innovation und Wachstum produzierender Unternehmen. Investiert wird in Unternehmen, deren Zweck an ökologisch, sozial und/oder ökonomisch nachhaltigen Leitlinien gebunden ist oder die vorhaben, ihr Unternehmen entsprechend umzustrukturieren.

Berlin Klima: Zuschussprogramm für klimafreundlichen Bau und energetische Sanierung privater und öffentlicher Gebäude. Das bereits vorhandene Förderprogramm des Landes Berlin soll erheblich aufgestockt werden. Die Höhe der Zuschüsse richtet sich dabei nach der energetischen Zielsetzung des Sanierungsvorhabens sowie der Verwendung nachhaltiger Materialien.

Berlin Digital: Die bereits im November gestartete Digitalprämie wird weiter ausgebaut. Gefördert wird die Digitalisierung von Unternehmensprozessen, die Verbesserung der IT-Sicherheit und Beratungsleistungen. Der Zuschuss kann um 50 Prozent erhöht werden, wenn die Maßnahme gezielt regionale Produktion steigert und/oder den Klimaschutz verbessert.